

Städtische Nachrichten.

(Siehe auch Stadt-Anzeiger.)

Köln, 27. April.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Versammlung, die Oberbürgermeister Waltraf leitete, erklärte sich unter dem Ausdruck des Dankes mit der Annahme des Vermächtnisses der verstorbenen Eheleute Richard Schildmann im Werte von 150 000. M für arme Kinder einverstanden. Sie bewilligte, wie in früheren Jahren, einen Zuschuß von 5000. M an den Kölnischen Kunstverein für 1917. Die Versammlung war dann einverstanden, daß von der diesjährigen Aufstellung der Gemeinde-Wählerliste wie im Vorjahre Abstand genommen wird. Es wird die im Jahre 1915 aufgestellte Liste zugrunde gelegt, nach der den Kriegsteilnehmern die Ausübung des Wahlrechts möglich ist. Die Wahlen finden, wie üblich, gegen Ende des Jahres statt.

Eine anderweite Festsetzung der Teuerungszulagen für Beamte, Angestellte, Arbeiter usw., wie sie von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, fand die Billigung des Kollegiums. Der Grundsatz der Berücksichtigung des Familienstandes soll in weitestem Maße Platz greifen. Die Kosten betragen 1 078 000. M mehr als die bisherige Zulage. Auch den Altpensionären, die seit dem 1. April 1908 pensioniert sind, und den pensionierten Arbeitern soll eine Zulage gewährt werden. Die Kosten hierfür betragen 51 000. M. Die beiden Fraktionen brachten durch die Stadtverordneten Dech und Frisch ihre Zustimmung zu der Vorlage der Verwaltung zum Ausdruck. Stadtverordneter Eichmann hat die Verwaltung, zu untersuchen, inwieweit die bisher von der Stadt gezahlten Löhne einschließlich Teuerungszulage und der sonstigen sozialen Einrichtungen den gegenwärtigen Lohnverhältnissen und dem heutigen Werte der Arbeitskraft auf dem freien Markte entsprechen. Sodann hat er aus nationalen Gründen, zu prüfen, ob überall genügend Rücksicht auf die Gefahren für die Gesundheit der bei der Stadt beschäftigten Frauen und ihre Verpflichtungen zur häuslichen Tätigkeit genommen werde. Oberbürgermeister Waltraf betonte, daß das Kölner Stadtverordneten-Kollegium stets in freilebiger Art soweit als möglich die Teuerungsverhältnisse auszugleichen versucht habe. Man beschließe heute die fünfte Teuerungszulage. Die erste bis dritte erforderten von der Stadt jährlich ein Mehr von 1 593 000. M, die vierte eine Ausgabe von 950 000. M, und die heutige verlangt ein Mehr von 1 129 000. M; bis jetzt belastet das den Etat mit einem Mehr von 3 662 000. M, was, in Prozente auf die Einkommensteuer umgerechnet, etwa einem Zuschlag von 86 Prozent gleichkomme. Er hoffe, daß die Beamtenschaft unter dem Gesamteindruck stehe, daß die städtischen Behörden nach Kräften bemüht seien, ihr durch die schwere Zeit durchzuhelfen. Der heutige Beschluß werde der Beamten- und der Arbeiterschaft den Mut geben, wie bisher, weiter der Öffentlichkeit zu dienen. Die Vorlage fand hierauf die Annahme der Versammlung. Der Beschlusentwurf lautet: „Die Stadtverordneten-Versammlung ist mit der Neuregelung der Kriegsteuerungszulage an Beamte, Angestellte, Arbeiter, Arbeiterinnen, Bedienstete, Buerahilfsarbeiter sowie an die Lehrer usw. der städtischen höhern, mittlern und Fortbildungs-Schulen und mit der Umrechnung der nach den alten, bis zum 14. Mai 1916 in Kraft gewesenen Bestimmungen über die Invaliden- usw. Versorgung der Arbeiter festgesetzten Unterstützungen sowie der Bezüge der Altpensionäre und deren Hinterbliebenen einverstanden.“

Ein Antrag Krings und Gen., die Versammlung möge die Fortführung der im Bau begriffenen Straßenbahnstrecke Bickendorf-Neuer Friedhof bis Mengeneich beschließen, wurde der Bahndeputation überwiesen.

In die Sonderkommission zur Prüfung des Schulantrags Dr. Eich und Gen. wurden die Stadtverordneten Eich, Giesen, Kleinsorge, Krings, Krings, Callmann, Holzappel und Raderscheidt gewählt.